

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 19 · Okt.-Dez. · 2022

**Krieg in Europa,
Stellenabbau,
Milliardenprofite für Energiemultis**

**Genug ist
genug!**

In dieser Ausgabe:

**Die nukleare Bedrohung
Umwelt und Sozialismus
Aufstand im Iran
Streikwelle in Großbritannien**

**Ein sozialistisches
Programm, um die
Krise zu bekämpfen:**

**Energiekonzerne &
Schlüsselindustrien
verstaatlichen!**

**NEIN zum Stellen-
abbau!
Gleitende Lohnskala!**

Deutschland vor dem ökonomischen Zusammenbruch

Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Nieder mit dem Kapitalismus!

Fortsetzung der Rückseite

Der Energieriese RWE hat seine Profite im ersten Halbjahr auf 2.1 Milliarden Euro verdoppelt. Aber gleichzeitig werden die Energiekosten in diesem Jahr allein in Deutschland zusätzliche 200 Milliarden Euro betragen.

Der Grund dafür ist „nicht die Schlunzigkeit der deutschen Wirtschaft“, sondern Putins Angriffskrieg, sagt Robert Habeck. Aber hat Putin die Europäische Union gezwungen, die Strompreise auf den Preis festzulegen, den der teuerste Anbieter zur Verfügung stellt, damit alle anderen Extraprofite machen?

Nein. Die deutsche Bourgeoisie hat sich im Wirtschaftskrieg mit Russland in einem Block mit den USA und der NATO eingereiht, und ist mit dieser Politik völlig gescheitert. Jetzt sieht Deutschland dem wirtschaftlichen Bankrott entgegen.

Das sind die Fakten: 31 Prozent der deutschen Industrie sind abhängig von Erdgas, und der Preis für Flüssiggas, das als Alternative zu Erdgas importiert werden soll, übersteigt den von Erdgas um 40 Prozent. 16 Prozent der Industriebetriebe geben an, ihre Produktion im Herbst zurückzufahren oder ganz stillzulegen. Die Stahlbranche hat ihre Produktion um fünf Prozent gedrosselt, die Chemieindustrie um acht und die Düngemittelbranche hat ganze 70 Prozent ihrer Kapazitäten zurückgefahren.

Der westliche Sanktionskurs ist in einem völligen Fiasko geendet. Dahinter steht ein einfacher Grund, auf den schon W. I. Lenin im Jahr 1915 hingewiesen hat: Der Kapitalismus hat sich so weit entwickelt, dass der gesamte Planet mit Handelsrouten und Produktionsketten überzogen ist. Es ist unmöglich, eine kapitalistische Nation von zentralen Rohstofflieferungen zu isolieren [1].

Dieses Scheitern vertieft die Krise der Bourgeoisie, die zusehen muss wie ihr Anteil am Weltmarkt dramatisch sinkt. In den letzten Tagen wurden vermehrt Stimmen laut, die Friedensverhandlungen mit Selenski in Betracht ziehen, um die deutsche Wirtschaft vor dem Untergang zu retten.

Aber die deutsche Bourgeoisie steckt in der Zwickmühle. Der Aufstieg Chinas und der Kampf der internationalen Großmächte sind zur Bedrohung für ihre Profite geworden. Während der Anteil deutscher Waren auf dem Weltmarkt zwischen 1950 und 1990 von 3.2 auf 12 Prozent gestiegen ist, lag er 2020 nur noch bei 7.2 Prozent.

All diese Probleme sind für die Bourgeoisie auf friedlichem Weg nicht lösbar. Der imperialistische Krieg, ob er militärisch oder ökonomisch geführt wird, ist ein Symptom des Niedergangs des Kapitalismus, und kann nur von den Kräften der sozialen Revolution beendet werden!

Scheitern des Reformismus öffnet der extremen Rechten die Tür

Der Aufstieg Chinas und die Krise des Westens haben einen kritischen Punkt erreicht. Die Worte von Robert Habeck, Deutschland erwarte „keine Insolvenzwelle“, lediglich manche Branchen würden „erst einmal aufhören zu produzieren“, zeigen die Zukunft des deutschen Kapitalismus.

Und was macht die Bourgeoisie, um die Krise zu bekämpfen? Olaf Scholz hat einen weiteren Abwehrschirm von 200 Milliarden Euro angekündigt, der etliche Milliarden für Privatkonzerne enthält. Sie haben Uniper „verstaatlicht“, aber die Maßnahme dient nur der Rettung kapitalistischer Profite.

Und während die Gaspreisbremse ein völliger Betrug ist – sie tritt erst im März 2023 in Kraft, und dann auch

erst ab einem Gaspreis von 12 ct/Kilowattstunde, mehr als zweimal so viel wie der Gaspreis im September 2021 – übersteigen die Finanzhilfen für Topverdiener bei weitem die für Arbeiter und Arme. Tatsächlich folgen die „Entlastungspakete“ völlig der neoliberalen Doktrin. Sie dienen der Umverteilung öffentlicher Gelder an die reichsten Schichten der Bevölkerung – Gelder, die aus jedermanns Steuerabgaben stammen.

Jeder Hebel, den die deutsche Bourgeoisie ansetzt, um die Krise zu bekämpfen, scheitert. Das ist der Boden für den Aufstieg der Faschisten, die den Sektoren des Kapitals, die verzweifelt sind, eine effektivere Lösung anbieten. Mit Slogans wie „deutsche Interessen zuerst statt Wirtschaftskrieg“ rief AfD-Chef Chrupalla schon im August seine Anhänger zu Demonstrationen in Sachsen und Berlin auf – und das mit zunehmendem Erfolg.

Die Krise hat die Faschisten in der AfD immer weiter ermutigt, und ihnen die Führung der Partei vor die Füße gelegt. Im Osten schreiten sie in großen Schritten voran: Laut der aktuellen Sonntagsfrage steht die AfD mit 27 Prozent in den östlichen Bundesländern an erster Stelle; bundesweit liegt sie mit 15 Prozent nur drei Prozentpunkte hinter den aktuellen Umfrageresultaten der SPD.

Die Polarisierung hat zugenommen und die Rechte führt einen Kampf um die Straße. Am 3. Oktober ist es dem Faschisten Björn Höcke gelungen, sich in einen Massenprotest mit 10.000 Menschen in Gera einzureihen, der stark von rechten Kräften beeinflusst war. All das, das Erstarren der extremen Rechten, ist das direkte Resultat aus der Politik der Nationalen Einheit, die die reformistische Linke mit der Bundesregierung geschlossen hat.

DIE LINKE am Abgrund. Wir müssen die kapitalistische Krise mit dem Banner des revolutionären Marxismus besiegen!

Gleichzeitig haben sich in weiten Teilen des Landes Bündnisse gegründet, um Massenproteste und Streiks zu organisieren. Das ist der Weg! Wir müssen dem Defätismus der reformistischen Führer entgegentreten, die jetzt überall die Gefahr einer „faschistischen Massenbewegung“ sehen, aber nichts getan haben um Arbeiter und Arme auf die Straße zu holen. Doch, es ist möglich die Rechte zu besiegen!

Aber der Schaden, den der Reformismus angerichtet hat, ist enorm. Jahre des Verrats durch vermeintlich „linke“, „sozialdemokratische“ und „grüne“ Parteien, haben immer mehr Menschen überzeugt, kleinen Reformversprechen nicht zu trauen, und einen immer größeren Anteil der Arbeiter und Armen zu politischen Waisen gemacht.

Wir müssen diesen Raum mit direkten Aktionen füllen, die bremsende Haltung der Gewerkschaftsführer und Reformisten überwinden, das Versagen des Kapitalismus anprangern und ein sozialistisches Programm zu seinem Sturz aufstellen: Für die Verstaatlichung der Energieunternehmen und Schlüsselindustrien, um sie dem kapitalistischen Chaos zu entreißen und die Katastrophe, die auf uns zukommt, abzuwenden. Das ist die Notwendigkeit.

Aber was machen die Führer der LINKEN? Während der Kapitalismus in der tiefsten Krise seit 1929 steckt, ein Dritter Weltkrieg heraufzieht und die Strategie der westlichen Wirtschaftssanktionen gescheitert ist, haben sie beschlossen ... die Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen! Ein breiter Block in der Partei hat die Lügen der NATO völlig übernommen. Darum erheben sie die Forderung nach Sanktionen gegen Russland. Eine völlige Unterstützung des imperialistischen Krieges, und ein politischer Bankrott.

Um ihren Kniefall vor der deutschen Bourgeoisie zu kaschieren, verwenden sie demagogische Forderungen wie die nach der „Enteignungen russischer Oligarchen“. Wir Kommunisten haben uns noch nie der Enteignung der kapitalistischen Oligarchie in allen Ländern entgegengestellt. Aber es ist völlig lachhaft, es im imperialistischen Krieg als „linke“ oder auch nur „oppositionel-

le“ Forderung hinzustellen, nur die Enteignung *der Gegner* der eigenen Bourgeoisie an die Tagesordnung zu setzen! Im Jahr 1917 schrieb Lenin, dass diese Politik „*in gleicher Weise ihrer eigenen imperialistischen Regierung (hilft), da sie die Aufmerksamkeit auf die Hinterlist des Feindes lenkt*“ [2]. Daran hat sich nichts geändert.

Sahra Wagenknecht steht für einen anderen Kurs als die derzeitige Parteiführung, aber sie repräsentiert nur die andere Seite der Medaille. Sie und mit ihr andere Pazifisten und Reformisten der Friedensbewegung argumentieren, man müsse nur die Wirtschaftssanktionen aufheben, um die Krise zu beenden.

Aber die Krise des Kapitalismus ist allumfassend. Gazprom hat letzten Monat Milliarden Gewinne gemeldet, und jeder Tanker, der mit Flüssiggas die USA Richtung Europa verlässt, bringt seinen Investoren 200 Millionen Dollar Gewinne. Die Kapitalisten, egal aus welchem Land, beuten uns aus und führen ihren Krieg, um ihre Profite zu maximieren. Das ist die Krise des kapitalistischen Eigentums!

Wagenknechts Anhänger kritisieren das Programm der sozialen Bewegungen als reformistisch. Aber ist es denn kein Reformismus, so zu tun, als sei nicht mehr nötig als freundlicher gegenüber Russland und China zu sein? Oder den kapitalistischen Krieg dadurch bekämpfen zu wollen, kapitalistische Institutionen wie die UNO um Verhandlungen anzubetteln?!

Manche degenerierte Elemente in den Reihen des deutschen Stalinismus und der DKP gehen sogar noch weiter: Sie fordern offen den Sieg des russischen Imperialismus, um einen „taktischen Vorteil“ für die Arbeiterklasse zu erwirken! Ein völliger politischer Bankrott!

Für ein unabhängiges Kampfprogramm der Arbeiterklasse! Enteignet die Ausbeuter!

Die Aufgabe der Kommunisten ist klar: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Wir müssen uns allen Kräften widersetzen, die uns in den imperialistischen Krieg führen wollen!

Die Klassenkämpfe in Großbritannien und Frankreich, mit militanten Streiks und Demonstrationen, zeigen den Weg nach vorne: Sie haben den Generalstreik in Europa zurück auf die

Agenda gesetzt.

Um auch hier die Kämpfe voranzutreiben, müssen wir die Kumpanei der Gewerkschaftsführer mit den Bossen durchbrechen. Wir müssen uns der konzentrierten Aktion widersetzen, zu der sich DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi mit dem Präsidenten der Bundesbank, dem Arbeitgeberpräsidenten und den herrschenden Politikern in Juli getroffen hat, die das Ziel verfolgte, den Sozialraub zu unterstützen und den sozialen Frieden zu verteidigen.

Es gibt enormes Potenzial, die Kämpfe zu vereinen! Im Herbst steht die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie an – einer Branche mit 3,8 Millionen Beschäftigten. Ihre Friedenspflicht endet am 28. Oktober. Es würde die Kampfkraft der Bewegung im Herbst vervielfachen, sich mit den streikenden Metallarbeitern zusammenzuschließen und aus dem Streik eine gemeinsame Offensive zu machen.

Aber wir müssen von unten kämpfen, durch direkte Aktionen, mit militanten Streiks und Massensolidarität der gesamten Bevölkerung. Wir müssen den Weg für einen Generalstreik ebnen und alle Sektoren vereinen, die auf die Straße gehen und kämpfen können. Und wir müssen eine echte und revolutionäre kommunistische Partei aufbauen.

Der Kapitalismus hat die Welt an den Rand der Zerstörung getrieben. Er beutet uns für seine Profite aus, vernichtet die Umwelt, und hat einen Krieg begonnen, der die Zivilisation zerstören könnte. Nur wenn die Produktivkraft der Gesellschaft den Kapitalisten entrissen wird – durch die Enteignung, Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Schlüsselindustrien und Banken –, nur durch die sozialistische Revolution kann der Wahnsinn des Kapitalismus beendet werden.

Der Kapitalismus führt die Welt in die Barbarei. Der Reformismus ist tot. Den Ideen des revolutionären Kommunismus gehört die Zukunft! Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

[1] W. I. Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Lenin-Werke, Bd. 22, S. 144.

[2] W. I. Lenin: Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus, in: Lenin-Werke, Bd. 23, S. 184.

Die nukleare Bedrohung

und die westliche imperialistische Propaganda

Juan Ignacio Ramos, Generalsekretär von Izquierda Revolucionaria

Der imperialistische Krieg in der Ukraine hat einen kritischen Punkt erreicht. Die unbestreitbare Tatsache, dass Russland seine militärischen Erfolge gefestigt hat und nun etwa 20 % des ukrainischen Territoriums kontrolliert, hat eine ekelerregende Propagandakampagne der westlichen Mächte ausgelöst.

Glaubt man den Außenministerien, fleißig unterstützt von Brüsseler Bürokraten, bringt Putin die Menschheit an den Rand eines nuklearen Desasters. Die einzige Macht, die bisher Massenvernichtungswaffen gegen wehrlose Nationen und Völker eingesetzt hat, sind jedoch die USA. Es ist wichtig, sich an die Geschichte zu erinnern, um nicht auf die Heuchelei und die Täuschungen der imperialistischen Medienmaschine hereinzufallen.

Eine Bilanz aus Zerstörung und Tod

Die am 6. und 9. August 1945 von den Vereinigten Staaten abgeworfenen Atombomben haben nach sechs Monaten intensiver Bombardierung von 67 weiteren japanischen Städten 166.000 Menschen in Hiroshima und 80.000 in Nagasaki getötet. Insgesamt starben 246.000 Zivilisten, als die Armee von Kaiser Hirohito vollständig besiegt wurde. Diese beiden von US-Präsident Harry S. Truman angeordneten brutalen Angriffe waren auch für andere Ziele gedacht: allen voran für die Sowjetunion, deren Rote Armee durch den Sieg über Hitlers Streitkräfte in Europa bis nach Berlin vorgedrungen war, und die Guerillaarmeen von Mao Tse-Tung, die einen revolutionären Krieg gegen den japanischen Imperialismus und die Kuomintang-Truppen führten.

Obwohl das der irrsinnigste Fall von amerikanischem Militarismus war, bietet das Ende des Zweiten Weltkriegs weitere Beispiele für Gemetzel an wehrlosen Völkern. Zwischen dem 13. und 15. Februar 1945 flogen die britische Royal Air Force (RAF) und die United States Army Air Forces (USAAF) vier Angriffe auf die deutsche Stadt Dresden. An der Aktion waren mehr als 1.000 schwere Bomber beteiligt, die mehr als 4.000 Tonnen Bomben abwarfen. Das so genannte „Elbflorenz“ wurde in Schutt und Asche gelegt und zwischen 25.000 und 40.000 Zivilisten kamen ums Leben.

Heute wird immer wieder auf die Kriegsverbrechen von Putins Truppen hingewiesen, aber es ist wichtig, auf die Mächte zu sehen, die eine lange Geschichte von Kriegsverbrechen haben. Wenn wir auf die koloniale Vergangenheit Großbritanniens, Frankreichs oder Belgiens und die Gräueltaten zurückblicken, die sie in Indien, Kenia, Indochina oder im Kongo verübten (um nur einige prominente Beispiele zu nennen) erhalten die aktuellen Ereignisse einen anderen Klang. Wenn wir uns auch noch den Fällen zuwenden, in die Washington direkt involviert war, dann nehmen die Propagandalügen eine noch zynischere und verabscheuungswürdigere Dimension an.

Im Jahr 1950 führten die USA einen verheerenden Krieg gegen das koreanische Volk. In einem Jahr warf die US-Luftwaffe 600.000 Tonnen Bomben ab, mehr als während des gesamten Zweiten Weltkriegs im Pazifik eingesetzt wurden, und 30.000 Tonnen Napalm ab. Mehr als 80 % der Gebäude in Nordkorea wurden zerstört und es wird

Heute wird immer wieder auf die Kriegsverbrechen von Putins Truppen hingewiesen, aber es ist wichtig, auf die Mächte zu sehen, die eine lange Geschichte von Kriegsverbrechen haben.

Hiroshima



geschätzt, dass die US-Bombardierung mehr als eine Million Zivilisten getötet hat, während die Gesamtzahl der Toten bei über zweieinhalb Millionen liegt.

Die US-Intervention in Vietnam hatte den Tod von mehr als drei Millionen Vietnamesen zur Folge. Die USA warfen sieben Millionen Tonnen Bomben ab, mehr als dreimal so viel wie während des gesamten Zweiten Weltkriegs in Europa und Asien zusammen und zehnmals so viel wie im Koreakrieg.

Die Kennedy-Regierung genehmigte den Einsatz von Chemiewaffen, die nicht nur eine Umweltkatastrophe verursachten, sondern auch die Bevölkerung vergifteten. Jahrelang waren Hunderttausende vietnamesischer Frauen von einer Epidemie von Fehlgeburten und Sterilität betroffen.

Die US-Politiker konzipierten und planten eine antikommunistische Kampagne, um den Vormarsch der Revolution zu stoppen, die von Kontinent zu Kontinent mit den brutalsten Methoden durchgeführt wurde. Die CIA und das Außenministerium organisierten Putsch im Iran und in Guatemala 1953 und 1954, unterstützten das Stroessner-Regime in Paraguay, den Militärputsch in Brasilien 1964, der in eine blutige Diktatur mündete, und finanzierten und koordinierten das Massaker an einer Million indonesischer Arbeiter und kommunistischer Aktivisten im Jahr 1965, nach dem Militärputsch von Suharto.

Sie waren direkt am Sturz von Patrice Lumumba im Kongo 1960 und seiner anschließenden Ermordung 1961, am Militäraufstand von Hugo Banzer in Bolivien 1971, am Putsch gegen Salvador Allende 1973 in Chile und an der argentinischen Militärjunta 1976 beteiligt und bewaffneten die völkermordenden Regierungen von El Salvador, Kolumbien und Guatemala bis an die Zähne. Die selbsternannten Beschützer der „freien Welt“ und der „Demokratie“ planten die Operation Condor, bei der Zehntausende linke Aktivisten getötet und die Folter als Unterdrückungsmethode institutionalisiert wurde.

Der US-Imperialismus hat die diktatorischen Regime in Nordafrika (Marokko, Ägypten, Tunesien...) unterstützt, ebenso wie den zionistischen israelischen Staat bei seinen Annexionen in Palästina sowie bei den Massakern und der Inhaftierung tausender junger Menschen in den besetzten Gebieten, die sich gegen dieses Unrecht gewehrt haben. Er war die Stütze der Diktatur Francos, der Diktatur in Portugal und der Junta der „Obersten“ in Griechenland. Jahrzehntlang bauten sie heimlich das Gladio-Netzwerk in Europa auf, finanzierten die Contras in Nicaragua, setzten die kriminelle Blockade gegen Kuba nach dem gescheiterten Invasionsversuch in der Schweinebucht fort und schützten das PRI-Regime in Mexiko, unter dem Hunderttausende verschwanden...

In jüngerer Zeit hat die US-Politik in Osteuropa nach dem Zusammenbruch der UdSSR nicht nur Dutzenden von Ländern, die in die Verarmung getrieben wurden, ihre neoliberale Agenda aufgezwungen, sondern auch die NATO in die Lage versetzt, Russland zu umzingeln. In der von den USA geschaffenen neuen Weltordnung haben die militärischen Interventionen und die damit einhergehenden Gräueltaten quantitativ und qualitativ einen neuen Aufschwung bekommen.

Jugoslawien wurde in einen katastrophalen Krieg gestürzt, der mit einer weiteren Balkanisierung des Landes zugunsten des amerikanischen und deutschen Kapitals endete. Mit dem Argument des Kampfes gegen den „internationalen Terrorismus“ und „Massenvernichtungswaffen“, die angeblich vom Regime Saddam Husseins hergestellt wurden, sind sie in Afghanistan und im Irak einmarschiert, haben lebenswichtige Infrastrukturen zerstört, ganze Städte bombardiert und Hunderttausende unschuldiger Zivilisten massakriert. Das Gleiche gilt für ihre Interventionen in Syrien, im Jemen, in Sudan... Einer Studie der Brown University zufolge hat der Imperialismus der USA und der NATO seit dem 11. September 2001 mindestens 900.000 Todesopfer und 38 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge gefordert.

Die westliche Strategie ist gescheitert

Der imperialistische Krieg in der Ukraine ist, wie wir in zahlreichen Materialien erklärt haben, von langer Hand vorbereitet worden. Und es war Washingtons Eifer, dieses wichtige Land als Rammbock in seiner Strategie gegen Russland und China zu benutzen, der den Krieg ausgelöst hat.

Trotz der Tatsache, dass fast alle Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes der NATO beigetreten sind, hat der US-Imperialismus in den letzten Jahrzehnten große Niederlagen erlitten (Afghanistan, Syrien, Iran...), zusätzlich zu einem gescheiterten Handelskrieg mit China, der Katastrophe der Pandemie (der mehr als eine Million Menschen auf amerikanischem Boden zum Opfer gefallen sind) und einem wirtschaftlichen Niedergang und einer politischen Polarisierung, die das innere Gleichgewicht in den USA tief untergräbt.

Die Ukraine ist Teil einer globalen Gegenoffensive mit mehreren Zielen: Erstens soll der Vormarsch des von China angeführten imperialistischen Blocks, in dem Russland eine führende Rolle spielt, entscheidend gestoppt werden. Zweitens geht es darum, die an China und Russland verlorenen europäischen Märkte (insbesondere Energie und Technologie) zurückzuerobern und die hegemoniale Stellung Deutschlands auf dem europäischen Kontinent zu schwächen.

Entgegen der westlichen Propaganda entwarf Selenskyj und seine Förderer im Jahr 2021 eine neue nationale Sicherheitsdoktrin, stimmten der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu, erlaubten NATO-Truppen die Durchführung von Militärübungen auf ihrem Hoheitsgebiet und brachen alle Vereinbarungen, wie die über die Denuklearisierung der Ukraine (Budapest 1994) oder die Beendigung des Krieges im Donbass (Minsk 2015). Washington wusste genau, was sie taten.

Nach sieben Monaten Krieg ist die westliche Strategie allerdings in ein komplettes Desaster ausgeartet. Sie wollten die russische Wirtschaft bis zum Zusammenbruch schädigen, aber der Leistungsbilanzüberschuss des Kremls hat sich zwischen Januar und Juli dieses Jahres auf fast 167 Milliarden Dollar ausgeweitet. Nach Anga-

ben des finnischen Think-Tanks Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) beliefen sich die russischen Energieexporteinnahmen zwischen Februar und September auf 158 Milliarden Euro, wovon mehr als die Hälfte, nämlich 85 Milliarden, aus der EU stammten.

Das russisch-chinesische Bündnis, das von der westlichen Propaganda lächerlicherweise in Frage gestellt wird, ist tiefer denn je und widerlegt all jene, die Pekings Position gegenüber dem Krieg als „kalkulierte Neutralität“ bezeichnen. Das jüngste Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Samarkand (Usbekistan) hat das überdeutlich gezeigt.

Noch wichtiger ist jedoch, dass sich die herrschende Klasse Europas, die dem Diktat Washingtons gefügig folgt, auf einen explosiven Winter an allen Fronten vorbereiten muss. Die rasende Inflation frisst die Löhne auf und die Rezession ist in Deutschland bereits eine Tatsache. Die politische, soziale und wirtschaftliche Krise ist in Großbritannien angekommen, wo das Misstrauen gegenüber der neuen konservativen Regierung von Liz Truss und die Welle von Streiks und Massenmobilisierungen den wichtigsten Verbündeten der USA in die Enge treiben. In der Tschechischen Republik finden Massendemonstrationen statt, die ein Ende des Krieges und der Sanktionen gegen Russland fordern; Prozesse, die sich in vielen anderen europäischen Ländern wiederholen könnten.

Der US-Imperialismus zieht alle Register, um den Krieg um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Das Gerede von der „Verteidigung der Demokratie“ und der „Freiheit“ sind zum Himmel schreiende Lügen.

Indem es seine europäischen Verbündeten bis an die Grenzen treibt und die NATO nutzt, um auf eine allgemeine Aufrüstung zu drängen, versucht Washington mit allen Mitteln, die Dynamik des Krieges zu verändern. Sie tun das, weil sie keine andere Lösung haben: Sie können nicht noch mehr Einfluss in Europa verlieren und sich gegenüber China und Russland noch weiter zurückziehen.

Militärische Hilfe und Sabotage

Die jüngsten militärischen Rückschläge Russlands, insbesondere in der

Region Charkow, haben dies deutlich gemacht. Scott Ritter, ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, weist darauf hin, dass die NATO sorgfältig Schwachstellen in der russischen Verteidigung ausfindig gemacht und kritische Kommando- und Kontroll-, Logistik- und Reserveknotenpunkte identifiziert hat, die von ukrainischer Artillerie angegriffen wurden, die nach einem von der NATO erstellten Feuerleitplan operierte. Kurz gesagt, die ukrainische Armee, mit der Russland in Cherson und um herum Charkow konfrontiert wurde, war anders als alle ukrainischen Gegner, mit denen es zuvor zu tun hatte. Russland kämpft nicht mehr gegen „eine von der NATO ausgerüstete ukrainische Armee, sondern gegen eine NATO-Armee, die aus Ukrainern besteht.“

Die wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA für Selenskyjs Marionettenregierung ist beispiellos: In nur sechs Monaten übersteigt sie das, was sie im Jahr 2020 an Afghanistan, Israel und Ägypten zusammen geschickt haben, und einige Analysten schätzen sie auf mehr als 40 Milliarden Dollar.

Aus diesen Gründen sah sich Putin gezwungen, etwas zu tun, was er eigentlich nicht tun wollte: eine Teilmobilisierung von 300.000 Reservisten. In seiner Ansprache an die Nation am 21. September hat der russische Präsident deutlich gemacht, dass dieser Krieg für sein Regime existenziell ist:

„Das Ziel des Westens ist es, unser Land zu schwächen, zu spalten und schließlich zu zerstören. Sie sagen bereits direkt, dass sie 1991 in der Lage waren, die Sowjetunion zu spalten, und nun ist die Zeit gekommen, dass Russland selbst in viele befeindete Regionen zerfällt (...) Und wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir sicherlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland und unser Volk zu schützen. Das ist kein Bluff.“

Putin, der gezwungen ist, seine Ererungenschaften im Donbass zu festigen, der wegen seiner enormen Bergbau-, Metall- und Erdölvorkommen das begehrteste Ziel der russischen imperialistischen Macht ist, hat einen großen Schritt unternommen, indem er Refereenden in Cherson, in den Gebieten der Provinzen Mikolaiv und Saporija sowie in den Republiken Lugansk und Donezk organisierte, die mit „überwält-

tigender Mehrheit“ für den Anschluss an Russland abgestimmt haben.

Unmittelbar darauf folgte die Sabotage der Nord Stream Pipeline, kurioserweise in NATO-Gewässern, die von westlichen Geheimdiensten genau überwacht werden. Wer profitiert von diesen Anschlägen? Ganz klar die USA, die ein weiteres Argument haben, um Europa in ihre Kriegsdynamik hineinzuziehen, die Aufnahme von Friedensverhandlungen zu verhindern, ihre antirussische Kampagne in der Öffentlichkeit zu schüren und im Kampf um den europäischen Energiemarkt voranzukommen.

Es ist kein Zufall, dass US-Außenminister Antony Blinken erklärte, dass das Nord-Stream-Projekt „eine große strategische Aufgabe für die kommenden Jahre“ ist.

In diesem Kampf um die globale Vorherrschaft darf die Gefahr einer nuklearen Katastrophe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Das, was für die Menschheit auf dem Spiel steht, ist dafür viel zu hoch. Deshalb müssen die europäische Arbeiterklasse und die klassenkämpferische Linke die Lügen der westlichen Propaganda entschieden zurückweisen.

Eine kommunistische und internationalistische Alternative gegen den imperialistischen Krieg

Während die großen Monopole, In-

vestmentfonds, Banken und die Rüstungsindustrie sich mit diesem Krieg die Taschen vollstopfen und ihn fortsetzen wollen, ohne sich um das Leid des ukrainischen und europäischen Volkes zu scheren, halten wir revolutionären Kommunisten das Banner des Internationalismus hoch: Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Putins Truppen raus, NATO raus aus der Ukraine! Für die Auflösung der NATO, für die Niederlage des internationalen Militarismus!

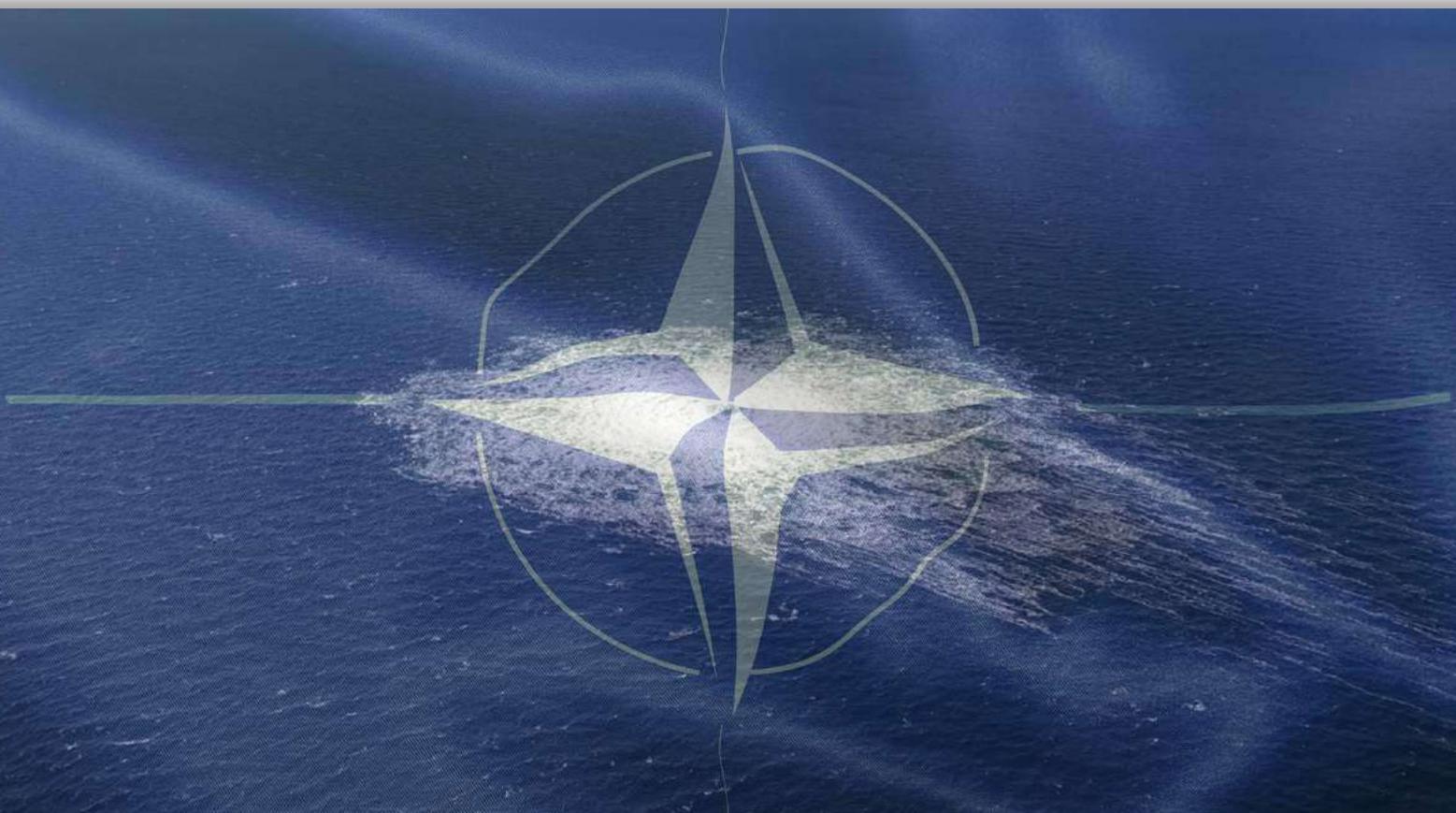
In einem reaktionären Krieg wie diesem, in dem mit der ungeheuerlichen Idee des Einsatzes von Atomwaffen geliebäugelt wird und dessen Dynamik weiter eskalieren könnte, ist es die Pflicht der klassenbewussten Arbeiter, unserer nationalen Bourgeoisie jegliche Unterstützung zu verweigern. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Kein einziger Soldat, keine einzige Kugel, kein einziger Euro für diesen Krieg!

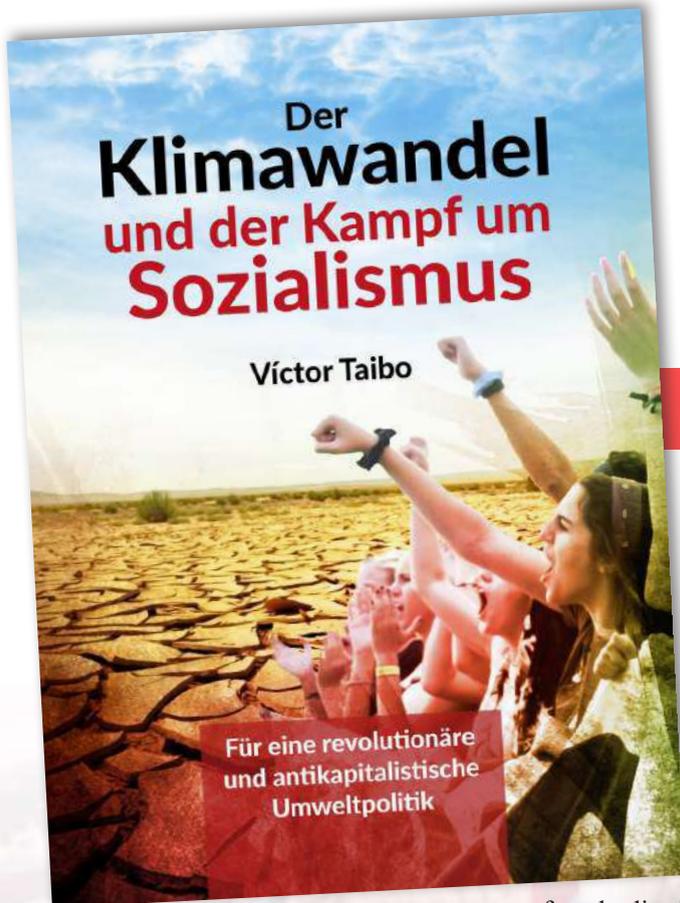
Wir internationalistischen Kommunisten verteidigen nach dem Vorbild Lenins das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, aber es wäre ein Verrat an der Sache der Arbeiter und des Sozialismus, uns unter die Fittiche der Selenskyj-Regierung zu begeben und „Waffen für die Ukraine“ auszurufen. Gegenwärtig ist die ukrainische Armee ein Instrument des westlichen Imperialismus und führt keinen nationalen Befreiungskrieg.

Wir treten für die revolutionäre Aktion der ukrainischen Arbeiterklasse ein, was bedeutet, dass jede Unterordnung unter den Imperialismus und seine Marionettenregierung aufgegeben werden muss. Nur eine sozialistische Ukraine, die von den Arbeitern und Unterdrückten geführt wird, wird in der Lage sein, die wirkliche Unabhängigkeit für das Land zu erringen und brüderliche Beziehungen mit dem russischen Volk zu unterhalten.

Auch die Arbeiterklasse Russlands ist aufgerufen, mit ihrer bürgerlichen, imperialistischen und chauvinistischen Regierung abzurechnen. Sie hat in diesem Krieg nichts zu gewinnen und sie kann nicht frei sein, wenn sie die Unterdrückung anderer Völker wie die des ukrainischen Volkes unterstützt. Das ist die große Lehre der Oktoberrevolution von 1917. Das Gemetzel in den Schützengräben kommt den Ausbeutern, den Dieben und den Banditen auf beiden Seiten zugute.

Wenn wir einen gerechten Frieden ohne Annexionen und ohne die wirtschaftliche und soziale Katastrophe wollen, die die Imperialisten den Arbeitern der Ukraine, Russlands und der Welt auferlegen wird, muss klar gesagt werden, dass der einzige Weg die revolutionäre Organisation der Arbeiter ist: um die kapitalistischen Regierungen zu stürzen und ihre Staatsmaschinerie zu zerstören!





Der Klimawandel und der Kampf um Sozialismus

Buchveröffentlichung

Der Klimawandel ist zu einer Realität geworden, die jede dystopische Darstellung, wie wir sie in Blockbustern sehen, in den Schatten stellt.

Aber in einem System, das sich voll und ganz der Maximierung der Profite einer kleinen Klasse von Kapitalisten verschrieben hat, sind die Hände all derer gefesselt, die sich für den Umweltschutz einsetzen wollen.

Wir als Marxistinnen und Marxisten haben uns deshalb eingehend mit den Verlautbarungen und Abkommen der herrschenden Politik beschäftigt, und wollen daran erinnern, dass sich Kommunisten seit vielen Generationen mit der kapitalistischen Umwelterstörung auseinandersetzen, wobei schon Marx und Engels Thesen zu dieser Thematik aufgestellt haben.

Bestellungen unter
www.offensiv.net
 Preis: 5 Euro



„Das Programm der Grünen basiert darauf, die Schuld für die Umweltzerstörung nicht den Kapitalisten, sondern einzelnen Individuen zu geben.“

Wir dokumentieren hier eine Rede, die unsere Genossin Jarla Sgries auf dem Internationalen Klimastreik in Barcelona gehalten hat:

„Hallo Genossinnen und Genossen. Heute sind viele Menschen auf der ganzen Welt auf der Straße und kämpfen gegen die Übel des Kapitalismus. Denn es gibt keinen grünen Kapitalismus und die einzige Möglichkeit, diesen Planeten zu retten, ist, mit diesem System Schluss zu machen.

Das kapitalistische System tötet den Planeten. Denn es basiert darauf, die Oligarchen reicher zu machen, die die Wirtschaft und die Ausbeutung der Ressourcen des Planeten kontrollieren.

Aber es gibt einige linke Führer, die denken, dass es möglich ist, das kapitalistische System zu reformieren. Die Realität beweist, dass sie falsch liegen.

Ich werde über die deutsche Partei sprechen, die sich „Die Grünen“ nennt und sich als die Partei zur Rettung der Umwelt präsentiert.

Diese Partei bildet die Regierung mit der sozialdemokratischen SPD und der liberalen FDP. Die Grünen führen auch das Ministerium für Wirtschaft und Klima sowie das Außenministerium und drei weitere Ministerien.

Das Programm der Grünen basiert darauf, die Schuld für die Umweltzerstörung nicht den Kapitalisten, sondern einzelnen Individuen zu geben.

Die Außenministerin der Grünen hat die Invasion und das oligarchische Regime Putins nicht von einem revolutionären Standpunkt aus angeprangert. Sie unterstützt die militaristische Strategie der NATO und der Vereinigten Staaten und deren imperialistische Interessen. Sie erklärt nicht, dass es sich um einen reaktionären Krieg auf beiden Seiten handelt und dass weder das

ukrainische noch das russische Volk verteidigt wird.

Das Ministerium für Wirtschaft und Klima hat keine Industrien verstaatlicht, um ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell zu entwickeln. Sie haben auch die Verlängerung von Kohlekraftwerken, die Rodung des Hambacher Forsts und von Teilen des Dannenröder Forsts für den Kohleabbau und den Ausbau der Autobahn genehmigt.

Das Versagen der Grünen in Deutschland beim Umweltschutz ist offensichtlich. Das liegt daran, dass sie den Kapitalismus als das einzig mögliche System akzeptieren und die Macht der Reichen respektieren.

Die einzige Möglichkeit, den Klimawandel zu kämpfen, besteht also darin, auf der Straße für die Verstaatlichung der großen Unternehmen und die Einführung einer demokratischen Verwaltung durch die Arbeiter zu kämpfen, um die Ressourcen zu schonen und eine nachhaltige Produktion zu gewährleisten.

Der einzige Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist, auf der Straße zu kämpfen und sich zu organisieren, um für den Kommunismus zu kämpfen und dieses wilde, gewalttätige und zerstörerische System zu beenden.



Unsere Genossinnen und Genossen machen weiter mit diesem Kampf. Revolutionäre Grüße aus Deutschland.

Der Kampf ist der einzige Weg, um die Welt zu verändern.“

Volksaufstand im Iran

Mit Frauen und Jugend an der Spitze

Nieder mit dem Regime der Mullahs!

Auf zum Generalstreik!

Teresa Prados, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria Katalonien

Ein gewaltiger Volksaufstand erfasst die iranischen Städte von einem Ende zum anderen. Massenmobilisierungen, angeführt von der Jugend und den Frauen, haben das kapitalistische und reaktionäre Regime der Mullahs in die Schranken gewiesen. Die Unterdrückung durch die Polizei und der finsternen „Revolutionsgarden“ hat bisher mehr als 100 Demonstranten das Leben gekostet, und Tausende wurden verhaftet, aber das hat die Ausbreitung des Kampfes nicht verhindert.

Die Bilder von Jugendlichen, die ihre Selbstverteidigung organisieren und der Polizei offen entgegenreten, Polizeistationen stürmen, Barrikaden errichten, das

Kriegsrecht brechen oder ihr Kopftuch ablegen, um der Diktatur zu trot-

zen, zeigen, dass die Bewegung einen riesigen Schritt vorwärts gemacht hat.

Auslöser für diesen Aufstand war die Ermordung der 22-jährigen Kurdin Mahsa Amini durch ein Mitglied der „Moralpolizei“ in Teheran, deren Verbrechen darin bestand, dass sie ihr Kopftuch nicht richtig trug! Die Beamten hielten sie auf der Straße an und teilten ihrem Bruder mit, dass Mahsa auf die Polizeiwache gebracht und nach einer einstündigen „Umerziehungsstunde“ wieder freigelassen würde.

Was dann geschah, war etwas ganz anderes. Die Menschen, die sich vor der Polizeiwache versammelt hatten, um ihre Freilassung und die vieler anderer inhaftierter Frauen zu fordern, wurden von den Beamten mit Schlagstöcken und Tränengas angegriffen. Zwei Stunden später brachte ein Krankenwagen Mahsas Leiche ins Krankenhaus von Kasra, wo das medizinische Personal die junge Frau nur noch für hirntot erklären konnte, da ihr Körper durch brutale Schläge verletzt worden war.

Der darauf folgende Aufstand auf

den Straßen von Teheran breitete sich schnell auf die Straßen Kurdistans aus, und die Bilder der Proteste wurden über die sozialen Medien in alle Ecken des Irans verbreitet. Während der Proteste am Samstag, den 17. September, wurden in Saqqez mindestens 33 Menschen durch Polizeirepressionen verletzt. Für Montag, den 19. September, haben die Partei des Freien Lebens Kurdistans (PJAK) und die Freie und Demokratische Gemeinschaft Ostkurdistans (KODAR) gemeinsam mit Dutzenden von Universitätskomitees die Männer und Frauen von Rojhilat (iranisches Kurdistan) zu einem Generalstreik aufgerufen. In Städten wie Sanandaj, Saqqaz, Baneh und Mariwan war die Beteiligung massiv.

Doch die Streiks und Protestaktionen beschränken sich nicht auf Kurdistan. Der Kampf hat sich in der Provinz West-Aserbaidschan, in Städten wie Urmia, Bukan oder Piranshahr, in der nördlichen



Provinz Mazandaran und in der Provinz Guilan ausgebreitet. In Wirklichkeit ist das ganze Land erschüttert, und trotz der staatlichen Internetsperre haben die Netzwerke zahlreiche anschauliche Berichte und Videos von den Zusammenstößen mit den Repressionskräften veröffentlicht. Die von den Demonstranten am häufigsten skandiierte Parole „Nieder mit dem Regime“ bringt das Ziel des Aufstands auf den Punkt.

Die Rolle der Frauen und der Jugend

Obwohl die Stadt Teheran stark unter der Repression leidet, zögerten die Demonstranten nicht, mit Stöcken und Steinen bewaffnet zu reagieren, stürmten die Staatsanwaltschaft und zwangen Beamte und Polizeikräfte zum Verlassen des Gebäudes. In der Stadt Qeshm brannten Demonstranten das Büro des Imams nieder und riefen: „Ihr habt die Menschen vierzig Jahre lang gefoltert, das ist das Ergebnis“. Ähnliche Beispiele gibt es in Dutzenden von Städten.

In Anknüpfung an ihre revolutionären Traditionen haben die Jugendlichen und Frauen ohne zu zögern die Führung übernommen. Tausende von Frauen, vor allem junge Frauen, haben sich den Demonstrationen angeschlossen und Videos aufgenommen, auf denen sie ihre Kopftücher verbrennen oder sich die Haare abschneiden und dabei „Tod dem Söldner-Diktator“ rufen, während die Männer sich aus Protest gegen die Islamische Republik die Bärte abschneiden.

Seit vierzig Jahren übt das kapitalistische Regime der Mullahs Terror auf iranische Frauen aus, denen grundlegende Rechte wie Reisefreiheit, Scheidung, Abtreibung, wirtschaftliche Unabhängigkeit, das Sorgerecht für Kinder über sieben Jahren vorenthalten werden... Die Liste der Missetaten gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung ist sehr lang.

Die jahrelange systematische Korruption der politischen Elite, in der sich eine theokratische Kaste mit den Großkapitalisten und Großgrundbe-



sitzern zusammengeschlossen hat, um sich die enormen Ressourcen des Landes anzueignen, hat die Arbeiterklasse in entsetzliche Armut gestürzt. Bei einer Inflationsrate von bereits über 50 % lebten nach offiziellen Angaben im Jahr 2021 mehr als 25 Millionen Iraner unterhalb der Armutsgrenze, eine Zahl, die in diesem Jahr noch gestiegen ist, und die Jugendarbeitslosigkeit trifft die jungen Menschen hart (die Regierung beziffert sie auf über 26 %, tatsächlich könnte sie aber über 50 % betragen).

Die fehlenden politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die verkommene Moral der Mullahs, die Verarmung, die im Gegensatz zu den Millionengewinnen einer vom Regime geschützten Minderheit steht, haben den Zorn der Arbeiterklasse und der Jugend geweckt: Der revolutionäre Aufstand breitet sich bereits in 140 Städten des Landes aus.

Auf zum Generalstreik! Stellt ein revolutionäres sozialistisches Programm auf!

Das Ausmaß der Proteste zeigt, dass wir es mit etwas sehr Tiefgreifendem zu tun haben. Die Möglichkeit, diese spontane Massenbewegung in einen organisierten Kampf zum Sturz der theokratischen Diktatur umzuwandeln, ist zum Greifen nahe. Deshalb ist es unerlässlich,

dass die revolutionären und klassenbewussten Teile der Jugendavantgarde und der Arbeiterbewegung eine klare Strategie ausarbeiten. Die Massen haben außerordentlichen Mut und Tapferkeit bewiesen, die Repression ist an ihrer Entschlossenheit gescheitert. Jetzt ist es an der Zeit, in der revolutionären Organisation des Kampfes einen Schritt vorwärts zu machen.

Der Generalstreik muss vorbereitet werden, indem man die Arbeiterklasse in Aktion bringt. Das ist die Kraft, um die Mullahs zu stürzen und die Armee am Handeln zu hindern: die Produktion zu stoppen und Organisationen der Arbeiter- und Jugendmacht in jeder Fabrik, jedem Arbeitsplatz, jedem Studienzentrum, in jedem Viertel aufzubauen. Die Arbeiter im Erdölsektor, in der Stahlindustrie, im Transportwesen, im Bildungswesen... haben eine große Kampftradition, angefangen mit ihrer führenden Rolle in der Revolution von 1979, die von den Fundamentalisten usurpiert wurde. Jetzt ist es an der Zeit, dass die kämpfende Jugend eine breite Kampagne startet, um diese Sektoren und ihre Gewerkschaften in die Organisation des Generalstreiks und die Verteidigung einer sozialistischen Alternative zum korrupten Kapitalismus der Islamischen Republik einzubeziehen.



Die neue reformistische Linke im Angesicht des Krieges

Bárbara Areal, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria

Wir erleben außergewöhnliche Zeiten. Tag für Tag berichten uns die Medien darüber, wie unsere Welt zu einer dieser apokalyptischen Dystopien wird, die in so vielen Science-Fiction-Serien und -Filmen gezeigt wird: Die Natur stirbt, Hungersnöte breiten sich aus, der Kampf um die Weltherrschaft verschärft sich, die nukleare Bedrohung wird wiederbelebt, die Inflation steigt im Vorfeld einer neuen Rezession an und befeuert eine neue Welle von Volksaufständen und Massenstreiks.

Genau inmitten dieser erschreckenden Realität bricht der Krieg in der Ukraine aus. Wir stehen vor dem, was Marxisten als Wendepunkt in der Geschichte bezeichnen. Es ist leicht zu erkennen, dass wir es nicht mehr nur mit einem Scharmützel zu tun haben und dass die beiden mächtigsten Akteure auf der Welt eine neue Stufe in ihrem Kampf erreicht haben und sogar über die Möglichkeit eines Dritten Weltkrieges spekulieren.

Das kapitalistische System und die bürgerliche Demokratie als ihr glänzendes politisches Werk haben nicht nur ihre gesellschaftliche Legitimation verloren; das innere Gleichgewicht, das sie in den letzten Jahrzehnten genossen haben, ist ins Wanken geraten. Der Niedergang des amerikanischen Kolosses und die Probleme der USA, mit dem Aufstieg Chinas als Supermacht fertig zu werden, bestimmen diese neue Ära.

Frieden, Diplomatie und Kriegspropaganda

Unter diesem Gesichtspunkt stellt der Krieg in der Ukraine auch die Organisationen der Linken auf die größte Bewährungsprobe seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Ob sie nun mehr als ein Jahrhundert oder nur ein Jahrzehnt alt sind, ob groß oder klein, sie werden ausnahmslos von ihrer Haltung zu diesem Thema geprägt sein.

Erwartungsgemäß hat uns die klassische Sozialdemokratie keine Überraschungen bereitet. Von Pedro Sanchez über den norwegischen Labour-Abgeordneten Jens Stoltenberg – den derzeitigen Generalsekretär des Transatlantischen Bündnisses NATO – bis zur schwedischen Ministerpräsidentin Eva Magdalena Andersson, die gespannt die Tage bis zum Beitritt ihres Landes in die NATO zählt, verhalten sie sich alle wie zuverlässige Militaristen für den westlichen Imperialismus. Nichts Neues unter der Sonne.

Für Aktive der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, die die Welt, in der wir leben, aufrichtig verändern wollen, ist es noch viel notwendiger sich mit den Positionen der Neuen Linken auseinanderzusetzen. Und dafür gibt es nichts Besseres, als sich eingehend mit dem Manifest „Ukraine: Frieden jetzt!“ zu befassen, das am 18. April dieses Jahres als Präambel der Europäischen Friedenskonferenz veröffentlicht wurde.

An dem Treffen nahmen Organi-

sationen wie Podemos, internationale Gäste wie Jeremy Corbyn oder Catarina Martins vom portugiesischen Bloco de Esquerda teil. Das Manifest wurde von Pablo Iglesias, Declan Kearney (Sinn Fein), Nicola Fratoianni (italienische Linke), Yannis Varoufakis, Noam Chomsky und Rafael Correa (ehemaliger linker Präsident Ecuadors) unterzeichnet. Auch Jean-Luc Mélenchon (France Insoumise) und Dimitris Tzanakopoulos (Syriza) haben teilgenommen.

Obwohl diese Initiative bisher nur wenig Beachtung gefunden hat, ist sie vor allem deswegen interessant, da sie die alten pazifistischen Positionen auffrischt, die bereits während des Ersten und Zweiten Weltkrieges eine heftige Polemik in der Arbeiterbewegung ausgelöst hatten. Gehen wir von dem aus, was die Erklärung wörtlich sagt:

„Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und unterstützen die Verhandlungen für einen umfassenden und dauerhaften Frieden. Die Vereinten Nationen und andere einschlägige internationale Organisationen müssen bereit sein, eine Einigung zu erzielen.“

Präsident Selenskyj hat die beiden wichtigsten Bedingungen für den Frieden umrissen: Die russischen Invasionstruppen müssen sich aus der Ukraine zurückziehen, und die Ukraine wird ein neutrales Land. (...) Wir fordern die Regierungen auf, den Wohlfahrtsstaat zu schützen, die sozialen Rechte aller Bürger zu garantieren und die Ungleichheit zu verringern.“

Sechs Monate nach Ausbruch des Krieges scheinen die Kernpunkte dieses Manifests überhaupt kein Gehör gefunden zu haben, ganz im Gegenteil. Wenn wir uns an die Tatsachen halten, sind die Wunschträume dieser Erklärung – einschließlich der Schmeicheleien an Selenskyj – an der Dynamik des Konflikts und an den mächtigen Interessen die dahinter stecken gescheitert.

Es wäre wirklich wunderbar, wenn diese Menschen, die glauben sie hätten die Fähigkeit, die Mächtigen mit ihren Reden zu bewegen, das Leid beenden könnten. Wie in einem dieser Disney-Songs könnten wir in einer idealen Welt leben. Aber die hartnäckige Realität gleicht stattdessen immer mehr einem Horrorfilm, zumindest für die große Mehrheit.

Ist es möglich, dass Pablo Iglesias, Jeremy Corbyn, Jean-Luc Mélenchon oder Yanis Varoufakis wirklich glauben, dass die diplomatischen Bemühungen der UNO diesen Konflikt beenden werden? Glauben sie, dass der Appell an die Menschlichkeit der Regierungen die Ungleichheit verringern wird? Ganz bestimmt nicht.

Warum sagt man uns dann, dass „Präsident Selenskyj die zwei wesentlichsten Bedingungen für den Frieden umrissen hat“? Sehen sie nicht, dass Selenskyj jegliche Friedensverhandlungen ablehnt, während er Millionen Ukrainer in einem Krieg opfert, den er für die Interessen des westlichen Imperialismus führt? Wissen sie denn nicht, dass es einer der Hauptverantwortlichen der europäischen Diplomatie, der spanische „Sozialist“ Josep Borrell, war, der vor Selenskyj erklärte: „Das Mindeste, was wir tun können, ist euch Waffen zu geben (...) ihr braucht Waffen, Waffen, Waffen“?

Auch hieran ist nichts Originelles. Lenin hatte während des Ersten Weltkrieges auch mit Leuten zu tun „deren beispiellose Naivität an den hinterhältigen Wunsch grenzt, die alte Heuchelei zu verewigen“ [1]. Es lohnt sich nicht, über die Ehrlichkeit oder den Opportunismus der Erklärung zu spekulieren, denn letzten Endes zählt ihre Wirkung unter den Aktivisten: Illusionen zu wecken – ebenso falsche wie reaktionäre –, dass die Mächte, die bereits die größten Kriegsverbrechen und Staatsterrorismus begangen haben, eine gerechte Lösung herbeiführen könnten.

Der Pazifismus als Diener des Imperialismus

Die pazifistische Rhetorik des Manifests ist eine Utopie, und sie ist noch dazu reaktionär. Die Vorschläge zur Beendigung des Ukraine-Konflikts haben eine narkotisierende Wirkung auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse und nähren die Passivität: „Das Resultat ist eine Vertuschung. Eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.“ [2]

Die Erfahrung der deutschen Grünen, eines der Flaggschiffe des europäischen Pazifismus, ist aufschlussreich, um zu sehen, wie die Tatsachen Reden und Wünsche grausam widerlegen. Die Friedensappelle, die von den deutschen „ökologischen“ Politikern üblich waren, sind unweigerlich stets zu kriegstreiberischer Begeisterung geworden, wenn sie an der Regierung teilhatten. Das Beispiel von Joschka Fischer und seiner bedingungslosen Unterstützung der Bombenangriffe auf Jugoslawien im Jahr 1999 ist nur eines von vielen.

Marx sagte, die Geschichte wiederholt sich, einmal als Tragödie und dann als Farce. Das Gerede der französischen Pazifisten, das Trotzki vor einem Jahrhundert zusammenfasste, entspricht der der deutschen Grünen bis ins Detail: „Wir waren immer gegen den Krieg, unsere Abgeordneten, unsere Minister waren gegen den Krieg, – ruft der französische Kleinbürger, – folglich hat man uns den Krieg aufgedrungen, – und im Namen der Verwirklichung unserer pazifistischen Ideale – müssen wir den Krieg bis zum siegreichen Ende führen.“ [3]

Reaktionäre Kriege und revolutionäre Kriege

Die politischen Vertreter der neuen Linken prangern die Interessen der Bourgeoisie nicht an, sondern verbreiten Verwirrung, indem sie die alten pazifistischen Slogans hochhalten und die gleichen Appelle an „Verhandlungslösungen“ nachbeten, die die Führer der Zweiten Internationale während des Ersten Weltkrieges gebrauchten.

Lenin betonte, dass es ein großer Fehler ist, wenn sich Revolutionäre in einer militärischen Auseinanderset-

zung nur auf Grundlage der Frage positionieren, wer zuerst geschossen hat, ohne dabei die von jeder Seite vertretenen Interessen zu berücksichtigen. Viele von denen, die heute in einigen europäischen Ländern in der Regierung und in der Staatsverwaltung sitzen und sich vor nicht allzu langer Zeit noch öffentlich als Anti-NATO-Aktivisten präsentierten, stimmen heute in den Chor der westlichen Propaganda ein und machen ausschließlich Putin verantwortlich, wobei sie die wahren Ziele des Transatlantischen Bündnisses verschweigen.

Aus der Sicht des Marxismus sind Gewalt, Krieg und Kapitalismus gleichbedeutend. Vorzuschlagen, dass der Frieden von denselben Imperialisten hergestellt werden soll, die den Krieg in der Ukraine forciert haben, ist nicht nur eine Illusion, sondern wirft auch das Bewusstsein der Arbeiterklasse zurück.

Tatsache ist, dass Kapitalisten Gewalt nie abgelehnt haben, sondern immer wieder auf sie zurückgreifen, um ihr Monopol durchzusetzen. Genau aus diesem Grund sprechen wir Marxisten uns nicht wie die Pazifisten und die NATO-freundlichen Pseudolinken gegen jegliche Gewalt aus. Engels erinnerte vor langer Zeit einen Zeitgenossen: „Daß die Gewalt aber noch eine andere Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht (...) daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene politische Formen zerbricht.“ [4] Revolutionäre verteidigen im Gegensatz zu kleinbürgerlichen Pazifisten das Recht der Unterdrückten, gegen ihre Unterdrücker zu den Waffen zu greifen.

Wir sind auf Seite der spanischen Arbeiter, die nach dem Militärputsch vom 18. Juli 1936 dem Faschismus den Krieg erklärten und eine sozialistische Revolution auslösten. Das Gleiche gilt für den antifaschistischen Widerstand im von den Nazis besetzten Europa während des Zweiten Weltkriegs, den heldenhaften Kampf der Roten Armee gegen die Hitlerarmeen, den revolutionären Krieg der chinesischen Bauern gegen die japanische Besatzung und die Truppen von Chiang Kai-shek oder den Kampf der Völker Kubas und Vietnams gegen den amerikanischen Imperialismus.



„Vom Standpunkt des internationalen Proletariats kann nicht bestimmt werden, die Niederlage welcher der beiden Gruppen von kriegführenden Nationen das kleinere Übel für den Sozialismus wäre.“

W. I. Lenin

Der Krieg in der Ukraine ähnelt jedoch mit keinem dieser historischen Beispiele. Offensichtlich kann kein Kommunist Putins großrussischen Chauvinismus unterstützen. nationalgefühl ist keine

Erfindung. Wir Marxisten unterstützen bedingungslos das Recht des ukrainischen Volkes, eine unabhängige Nation zu bilden, und wir fügen hinzu: Befreit euch von der Unterdrückung durch die imperialistischen Blöcke und der Diktatur ihrer kapitalistischen Oligarchie.

Formalismus ist eine dem Marxismus fremde Methode. Der reaktionäre Charakter des russischen kapitalistischen Regimes allein macht seine Gegner noch lange nicht fortschrittlicher. Es ist offensichtlich, dass der sogenannte ukrainische „Widerstand“ von faschistischen und nationalistischen Elementen angeführt wird, die seit 2014 massiv in die staatlichen Streitkräfte integriert wurden.

Wenn wir nach einer historischen Parallele zum Krieg in der Ukraine suchen, wäre der Erste Weltkrieg die geeignetste. Unmittelbar nach Ausbruch des Konflikts antwortete Lenin auf die Frage, ob der Sieg der einen oder der anderen Seite den Unterdrückten insgesamt zugutekäme: „Bei der jetzigen Lage kann vom Standpunkt des internationalen Proletariats nicht bestimmt werden, die Niederlage welcher der bei-

den Gruppen von kriegführenden Nationen das kleinere Übel für den Sozialismus wäre.“ [5]

Unsere Position wird viele schockieren. Die neue und alte Linke wird uns vorwerfen, dass wir die Waffenlieferungen an die Ukraine nicht verteidigen. Nach den Worten von Vizepräsidentin Yolanda Díaz ist die russische Invasion „eine absolut illegitime Aggression, die gegen das Völkerrecht verstößt“ und „die Völker haben das Recht auf legitime Selbstverteidigung“. Schade, dass sie die militaristische Expansion der NATO in Osteuropa in den letzten drei Jahrzehnten vergessen und dass sie für das palästinensische Volk und das Volk der Sahara nicht die gleichen Kriterien anwenden wie für die Ukraine.

Die Erben des Stalinismus werden uns vorwerfen, dass wir Russland nicht verteidigen, weil Putin ihrer Meinung nach „den westlichen Imperialismus eindämmt“. Dabei verschweigen sie, dass sein Regime die Interessen der russischen kapitalistischen Oligarchie verteidigt. Andere Organisationen, bei denen nicht klar ist, warum sie behaupten, antikapitalistisch oder gar trotzkistisch zu sein, werden dies tun, weil wir den so genannten „nationalen Befreiungskrieg“, den Selenskyjs Truppen ihrer Meinung nach führen, nicht nachdrücklich unterstützen.

Aber sehen wir uns die Realität an: Wo sind die aus der Bevölkerung rekrutierten Volksbataillone zur Verteidigung der ukrainischen Unabhängigkeit? Nach sechs Monaten des Krieges ist niemand in der Lage, uns dafür Beweise zu zeigen. Was jedoch in der westlichen Presse veröffentlicht wird, und das trotz der strengen Zensur, ist, dass die ukrainische Regierung zu immer härteren Gesetzen greifen muss, um die Ausreise der Bürger im kampffähigen Alter zu sanktionieren.

Wir erleben also eine Flut von Analysen, die zunehmend falsch und weit entfernt von einer unabhängigen, marxistischen Analyse sind. Eine solche muss diesen Konflikt in den Rahmen des Kampfes zwischen den Großmächten um die Weltherrschaft, die Kontrolle über geostrategische Gebiete, Rohstoffe, Handelswege, Technologie und Versorgungsketten einordnen.

Ein Sieg der NATO, der USA, der EU und von Selenskyj wird das ukrai-

nische Volk nicht von der brutalen Zerstörung dieses Krieges befreien. Wenn überhaupt würde er die Macht der prowestlichen ukrainischen Bourgeoisie festigen, die als Lakai Washingtons agiert und nicht zögern wird, eine unerbittliche Verfolgung der Linken voranzutreiben, die Wirtschaft für weitere Privatisierungen zu öffnen und den Nationalismus und Chauvinismus zu einer Staatsreligion zu machen.

Die russischsprachige Bevölkerung wird den Pogromen des Asows Bataillons und anderer faschistischer Organisationen ausgeliefert sein.

Wenn hingegen Putin und seine chinesischen Verbündeten triumphieren, wird es nicht besser. Bedeuten nicht die roten Fahnen mit Hammer und Sichel auf vielen russischen Panzern, die den heroischen antifaschistischen Kampf der Roten Armee für sich ausnutzen wollen, den Triumph des Kommunismus im Donbass?

Putin ist der Kopf eines staatsmonopolistischen Kapitalismus, der auf dem Niedergang der UdSSR, der KPdSU und des Stalinismus beruht. Ein Prozess, der jetzt wieder von den westlichen Führern gefeiert wird, wenn sie den verstorbenen Michail Gorbatschow loben. Aber Gorbatschow, Jelzin, Putin und die Bürokratie, die die KPdSU beherrschte, waren verantwortlich für die Zerstörung der Sowjetunion, die Vernichtung der Planwirtschaft und die brutale Plünderung des verstaatlichten öffentlichen Eigentums. Sie nutzen ihre führenden Positionen im Staatsapparat aus, um eine neue bürgerliche Oligarchie zu züchten und beabsichtigen nach drei Jahrzehnten erneut eine führende Rolle auf der internationalen Bühne einzunehmen.

Beide imperialistischen Seiten haben keine fortschrittlichen Ziele, sie sind gleichermaßen reaktionär, aber sie müssen diese verächtlichen Absichten hinter falschen Flaggen verstecken. Auch das ist nichts Neues: „Um jedoch das Proletariat hinters Licht zu führen und seine Aufmerksamkeit abzulenken (...) bemüht sich die Bourgeoisie eines jeden Landes, mit verlogenen patriotischen Phrasen die Bedeutung ‚ihres‘ nationalen Krieges zu preisen und zu versichern, dass sie den Gegner nicht deshalb besiegen wolle, um ihn auszulündern und Territorien zu erobern, sondern um alle anderen Völker – nur ihr eigenes nicht – zu ‚befreien‘.“ [6]

Politik ist konzentrierte Wirtschaft

In seinem Werk über den Imperialismus sagt Lenin: „Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemenwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar.“ [7] Leichtfertige Behauptungen, dass Putins Krankheit oder Bidens Senilität der Grund für diese Eskalation sind, genau wie die Auffassung, dass der Trumpismus nur ein vorübergehendes Phänomen ist, welches von einer „Witzfigur“ angeführt wird, sind nichts weiter als Ablenkungsmanöver, um die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Thema abzulenken. Egal wie verachtenswert oder lächerlich diese Figuren auch sein mögen, sie sind nichts anderes als das sichtbare Gesicht des Einflusses der mächtigsten Kapitalisten.

Marxisten verwenden eine Analyse- methode, die das genaue Gegenteil von dem ist, was im Manifest der Neuen Linken steht. Wir beschreiben die Funktionsweise der Gesellschaft nicht auf der Grundlage gut gemeinter Wünsche oder brillanter Witzeleien und zwingen dann die Realität, sich in ein künstliches Schema einzufügen. Wir studieren die Welt, wie sie ist, ausgehend von einer Analyse der konkreten gesellschaftlichen Phänomene in ihrer Entwicklung.

„Die wundersame Prophezeiung ist nichts als eine Fabel, aber die wissenschaftliche Prophezeiung ist eine Tatsache“, schreibt Lenin und erinnert daran, wie Engels mit dieser Methode den Ausbruch des Ersten Weltkriegs voraussah: „Und das wird ein Weltkrieg von nie gekanntem Ausmaß und nie gekannter Grausamkeit sein. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich gegenseitig auslöschen und dabei ganz Europa in einem Ausmaß verwüsten, wie es Heuschreckenschwärme noch nie getan haben.“ [8]

Marxisten erwarten von den Kapitalisten nicht, dass sie die vernünftigste Politik für die Menschheit machen, sondern die, die ihren Interessen am meisten nützt.

Es stimmt, dass Adolf Hitler sicherlich von körperlichen Problemen aller Art und psychopathischen Tendenzen geplagt war, wie einige Studien behaupten,

aber er kam nicht wegen dieser Aspekte seiner Persönlichkeit soweit, sondern weil sein Programm, das des Faschismus, das war, was die deutschen Kapitalisten brauchten, um die Arbeiterklasse zu vernichten: „Am 20. Februar 1933 traf Krupp zusammen mit etwa zwanzig Unternehmern mit dem neu gewählten Kanzler zusammen. Hitler bot ihnen einen Deal an: Als Gegenleistung für die Finanzierung seines Wahlkampfes für die bevorstehenden Wahlen versprach er, die Gewerkschaften abzuschaffen, die kommunistische Bedrohung zu neutralisieren und das parlamentarische System in Deutschland abzuschaffen. Er deutete auch seine Expansionspläne und die Vorteile an, die sie mit sich bringen würden. Die meisten stimmten zu. Krupp, der damals Präsident des Verbandes Deutscher Industrieller war, zeigte sich am großzügigsten: Er spendete eine Million Mark für die Sache. Hitler würde nicht vergessen.“

Die Sichtweise von Berufspolitikern als Männer oder Frauen, die in der Lage sind, die Realität durch ihren Willen und außerhalb objektiver materieller Prozesse zu verändern, ist eine typische Projektion des kleinbürgerlichen Individualismus. Der Marxismus leugnet die Rolle des Individuums nicht. Große Persönlichkeiten können eine entscheidende Rolle spielen, wenn sie sich mit den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze verbinden. Aber es sind die sozialen Klassen, die die Macht haben, den Lauf der Geschichte zu bestimmen.

Wenn ihr Frieden wollt, kämpft für die sozialistische Revolution!

Wir können die Entwicklung des Krieges und seiner Folgen nicht mit einer geschlossenen Perspektive betrachten. Der Krieg in der Ukraine hat neue und starke Widersprüche ans Tageslicht gebracht. Politische und wirtschaftliche Faktoren verstärken sich gegenseitig und bringen das globale Gleichgewicht auf allen Ebenen durcheinander.

In Europa – dem großen Verlierer dieses Konflikts – verläuft die Polarisierung und Diskreditierung der bürgerlichen Demokratie parallel zu einer sozialen Umwälzung, die bemerkenswerte Veränderungen der objektiven Situation mit sich bringen wird. Eine seit den 1970er Jahren beispiellose Streikwelle erfasst bereits Großbritannien (den wichtigsten Verbündeten der USA im Ukraine-Krieg) und droht, sich auf den gesamten Kontinent auszuweiten (in Belgien ist bereits ein Generalstreik für November angekündigt). Revolutionäre Ausbrüche werden nicht mehr nur in den schwächsten Gliedern der kapitalistischen Kette drohen, sondern auch die zentralen Länder werden zunehmend von solchen Entwicklungen betroffen sein.

Es gibt viele Dinge, die wir, mit dem Programm der Revolution bewaffnet, bereits tun können. Zunächst einmal stützen wir uns, im Gegensatz zum Manifest der Neuen Linken, „nicht auf die militärischen Erfolge der kapitalistischen Staaten, sondern auf die Um-

„Die Feinde des
Volkes setzen auf die
Vergesslichkeit der
Massen.

Wir vergessen
nicht.“



Josep Borrell

wandlung des imperialistischen Krieges in einen Krieg der Arbeiter gegen die Kapitalisten.“ [9]

Die Kapitalisten sind sich dieses außergewöhnlichen historischen Moments voll bewusst: Das System, das ihre Privilegien stützt, ist ins Wanken geraten und sie werden alles tun, um seinen Zusammenbruch zu verhindern. Hinter ihnen paradieren gehorsam zahllose Personen, die sich „Sozialisten“ und „Progressive“ nennen und die die längst widerlegte Idee wieder aufleben lassen, dass ein demokratischer und friedlicher Imperialismus möglich ist.

Wir Kommunisten, die wir dem Marxismus nie abschwören, sagen, dass ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz nicht möglich ist. Wir sind überzeugt, dass die einzige Alternative zu der apokalyptischen Perspektive, die sich der Menschheit eröffnet, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ist.

Karl Liebknecht, der deutsche Revolutionär, der im Januar 1919 auf Befehl der sozialdemokratischen Regierung ermordet wurde und der sich als erster Abgeordneter weigerte, im Reichstag für die Kriegskredite zu stimmen, betonte, dass die „Feinde des Volkes auf die Vergesslichkeit der Mas-

sen“ [10] setzen. Wir vergessen nicht.

Wir bleiben dabei, dass die von Lenin, Trotzki und Rosa Luxemburg vor einem Jahrhundert entwickelten Positionen auch heute noch das beste Mittel sind, um der uns drohenden Katastrophe zu begegnen und die ideologische Propaganda der herrschenden Klasse zu bekämpfen. Darüber hinaus machen Prozesse, auf die diese Theoretiker des Marxismus kühn hingewiesen haben und die sich in einem unendlich größeren Maßstab entwickelt haben (Macht und Konzentration des Finanzkapitals, die tiefe gegenseitige Abhängigkeit aller Länder, die an denselben Weltmarkt gebunden sind, das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse, die chronischen Überproduktionskrisen usw.), zusammen mit den Folgen des Klimawandels, ihre revolutionären Ideen noch relevanter für unsere heutige Zeit.

Wir erwarten keine schnellen und einfachen Siege; die Arbeiterklasse weiß aus eigener Erfahrung, dass jeder Fortschritt Anstrengung und Beharrlichkeit erfordert. Wenn wir jedoch Siege und Niederlagen analysieren und aus Fehlern lernen, brauchen wir keine Angst vor der Zukunft zu haben. Wir sind entschlossen, die Welt zu verän-

dern und vom Sieg des internationalen Sozialismus überzeugt.

[1] W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale (1915), LW Bd. 21, S. 201.

[2] W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1917), LW Bd. 22, S. 274.

[3] L. Trotzki: Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus (1917).

[4] F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW Bd. 20, S. 171.

[5] W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie (1914), LW Bd. 21, S. 19.

[6] W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie (1914), Werke Bd. 21, S. 15.

[7] W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1917), LW Bd. 22, S. 300.

[8] W. I. Lenin: Prophetische Worte, LW Bd. 27, S. 494-500.

[9] L. Trotzki: Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution (1940).

[10] K. Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land (1914).

Italien



Melonis Sieg, Zusammenbruch der PD und Rekordenthaltung

Miriam Municio, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria

Bei den Wahlen vom 25. September hat die ultrarechte Meloni mit 26% der Stimmen einen klaren Sieg errungen. Mit ihrer reaktionären („Gott, Vaterland und Familie“) und nationalistischen Demagogie, die sie auch gegen die Finanzeliten und die Bürokratie der EU richtet, und unterstützt von einem Teil der italienischen Bourgeoisie, hat sich ihre neofaschistische Formation Fratelli d’Italia als einzige politische Kraft erwiesen, die nicht Teil der Regierung und der Kampagne der Nationalen Einheit unter Mario Draghi war.

Mit fast 44% der Stimmen hat die Allianz der Fratelli d’Italia, der Lega und der Forza Italia 235 der 400 Sitze im Parlament gewonnen. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Welt-

kriegs wird es in Westeuropa eine extremrechte Regierung geben, geleitet von einer Bewunderin von Benito Mussolini.

Die Ergebnisse zeigen auch den Bankrott der Demokratischen Partei (PD), die mit etwas mehr als 5,3 Millionen Stimmen und 19% eines ihrer schlechtesten Ergebnisse jemals erzielt hat. Das ist die Folge davon, dass sie der größte Verteidiger der prokapitalistischen Politik ist. Sie waren die Unterstützer der Sozialkürzungen der letzten Jahrzehnte, der Interessen der großen Wirtschaftsmächte, der Kriegstreiber der NATO in der Ukraine und der uneingeschränkten Verteidigung der Klassenkollaboration. Diese Politiker, die den Weg für den Aufstieg der Ultrarechten geebnet haben, sind für die tiefe Krise, in der die italienische Linke

seit langem gefangen ist, verantwortlich. Sie haben die Arbeiterklasse einer linken Alternative an den Wahlurnen beraubt.

Rekordenthaltung und Diskreditierung des Systems

Ein entscheidender Faktor bei dieser Wahl war die Enthaltung von 36%. Diese Entwicklung ist im Süden des Landes noch stärker ausgeprägt, der noch ärmer ist und unter historischer Vernachlässigung und Sparpolitik leidet. Dort war die Wahlenthaltung in keiner Stadt kleiner als 40% und in Neapel ist sie sogar auf 60% gestiegen.

Diese Zahlen sind aufschlussreich für das Ausmaß der Delegitimierung des Systems, die sich immer weiter vertieft. Und sie zeigen auch, dass die ex-

treme Rechte von wichtigen Teilen der Arbeiter und der Jugend abgelehnt werden. Nur sehen sie heute keine Möglichkeit, ihre Wut an den Wahlurnen zum Ausdruck zu bringen.

Die Arbeiterklasse ist politisch und wahltechnisch verwaist, hat aber keine historische Niederlage erlitten. Das ist eine wichtige Tatsache. Eine Regierung mit Meloni an der Spitze ist eine ernste Bedrohung für demokratische Rechte und soziale Errungenschaften. Es wäre jedoch falsch, daraus zu schließen, dass der Faschismus in Italien Massenunterstützung genießt. Diese Wahlen unterstreichen vielmehr den Bankrott der reformistischen „Linken“ und das Fehlen einer kämpferischen Linken, die die fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse und Jugend zusammenführt.

Am 25. September hat der rechte Block seine soziale Basis nicht vergrößert, aber er hat die reaktionären Tendenzen in Teilen der Mittelschicht und der politisch rückständigeren Arbeiter gefestigt. Salvini verliert mit 2.464.000 Stimmen über 3,2 Millionen Wähler, die Hälfte seiner gesamten Wählerschaft. In ehemaligen Hochburgen der Lega wie Venetien erreichte Meloni das Doppelte des Ergebnisses von Salvini.

Dieses Phänomen ist nicht nur in Italien zu beobachten. Der Trumpismus in den USA, die Krise des Gaullismus und der Vormarsch des Front National, das gute Wahlergebnis von Vox im Spanischen Staat oder die jüngsten Wahlen in Schweden, wo die neofaschistische Partei mit 20% der Stimmen die traditionelle Rechte überholt hat: Dies sind nur einige Beispiele für die Radikalisierung zur extremen Rechten innerhalb der Schichten, in denen vor nicht allzu langer Zeit noch die traditionellen konservativen Formationen dominierten.

Es gibt einen Rechtsruck in der herrschenden Klasse und im Staatsapparat und zunehmende Tendenzen zu Autoritarismus und Bonapartismus. Diese Dynamik hängt mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der sozialen Polarisierung und vor allem mit dem Scheitern der reformistischen Linken, die dem System angepasst ist, zusammen.

Spannungen in der EU

Diese Regierung wird der ohnehin schon turbulenten Lage in der EU noch

mehr Instabilität hinzufügen. Die Besorgnis in den Brüsseler Büros über die Verbindungen von Melonis Partnern – Salvini und Berlusconi – mit Putin und den russischen Kapitalisten ist kein Geheimnis. Eine Annäherung der italienischen Regierung an Russland würde einen großen Riss im imperialistischen Block des Westens öffnen.

Berlusconis Äußerungen im Fernsehen wenige Tage vor den Wahlen, in denen er Putin unterstützt hat („Er wollte Selenskyj nur durch gute Leute ersetzen“) sind nicht das Ergebnis der Irrungen eines senilen alten Mannes. Auch die unmittelbare Drohung von Ursula von der Leyen („Wenn sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln, haben wir unsere Möglichkeiten“) ist keine reine Randnotiz.

Auf jeden Fall ist eine Methode der sukzessiven Annäherung aus der Sicht der europäischen Bourgeoisie erforderlich. Diese hat den Sieg Melonis nicht nur mit Missfallen aufgenommen, wie die positive Entwicklung der Börse am Tag nach ihrem Sieg gezeigt hat. Die Bourgeoisie kümmert sich nicht um den Vormarsch der extremen Rechten, wenn ihre grundlegenden Interessen gewahrt bleiben.

Man glaubt Meloni, die offen mit der NATO verbunden ist, „zähmen“ zu können, und sie vertrauen darauf, dass sie ihre Wirtschaftspolitik und die vereinbarten Reformen fortsetzen können. Draghis freundliche Haltung gegenüber Meloni während des Wahlkampfes, den einige als ihren „Beschützer“ bezeichnen haben, ist dafür bezeichnend.

Meloni hat mit ihren ersten Gesten eine Botschaft in diese Richtung gesetzt. In einem Interview mit der Tageszeitung La Stampa, die nach ihrer internationalen Politik gefragt hatte, antwortete sie, dass es „die Gleiche sein wird wie die von Mario Draghi“. Zudem hat sie am 27. September, nachdem Selenskyj ihr per Twitter zum Wahlsieg gratuliert hatte, ihre Unterstützung bekräftigt. Dennoch ist die Situation offen und die Spaltungen innerhalb der herrschenden Klasse sind eine globale Realität. Ein Zerfall der EU würde die gegenwärtige kapitalistische Krise weiter verschärfen, aber die Krise selbst nährt kräftig die separatistischen und EU-kritischen Tendenzen und den wirtschaftlichen Nationalismus.

Wiederaufbau einer revolutionären Linken

Zu glauben, dass Meloni ruhige Zeiten bevorstehen, wäre ein Fehler. Sie ist nicht mehr in der Opposition und der Vorschuss, den ihr ihre Demagogie bisher eingebracht hat, wird mit der Regierungsübernahme abnehmen. Die Fortführung der Politik im Interesse der Bourgeoisie (Kürzungen, Privatisierungen, vermehrte Ausbeutung der Arbeitskraft...) zusammen mit einer aggressiven reaktionären Agenda gegen die grundlegendsten demokratischen und sozialen Rechte wird zu mehr Klassenkampf führen. Die Last der Staatsverschuldung, die bereits 153% des BIPs ausmacht, lastet auf der Wirtschaft; die Armutsquote mit 9,4% der Bevölkerung in absoluter Armut und eine Inflation von über 9% zeigen auf eine düstere Realität. Der Präsident von Cofindustria, dem Arbeitgeberverband, hat davor gewarnt, dass Komplikationen der russischen Gasversorgung und deren mögliche Aussetzung die Schließung von 20% der italienischen Industrie bedeuten würden.

Der einzige Weg, der extremen Rechten entgegenzutreten, ist die massive, organisierte und bewusste Aktion der Arbeiterklasse und der Jugend. Das verdeutlicht die Dringlichkeit des Wiederaufbaus einer Massenpartei der Arbeiterklasse und Jugend mit einem revolutionären, antikapitalistischen Programm.

Die Forderung nach der entschädigungslosen Verstaatlichung der großen Monopole, angefangen bei den Elektrizitätsbetrieben und den Banken, unter der Kontrolle der Arbeiterklasse, ist für die Wiederherstellung dieser Partei von entscheidender Bedeutung. Es braucht ein sozialistisches Programm, den Aufruf zur Massenaktion zur Bekämpfung des Faschismus und die organisierte Selbstverteidigung der Bevölkerung und der Arbeiterklasse; in den Fabriken durch klassenkämpferische Gewerkschaften, auf politischem und ideologischem Gebiet durch die Anprangerung der Kollaborationspolitik mit der Bourgeoisie. Nur so wird es möglich sein, das enorme Potenzial der Arbeiterklasse und der Jugend für die Veränderung der Gesellschaft freizusetzen.

Großbritannien:

Liz Truss' konservative Regierung hängt in den Seilen

Die Regierung muss gestürzt werden! Der TUC muss einen Generalstreik ausrufen!

Víctor Taibo, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria

Die neue konservative Regierung der reaktionären Liz Truss, die nach dem Sturz von Boris Johnson für Ordnung sorgen soll, hat es bereits geschafft, ihren Vorgänger an Ungeschicklichkeit zu übertreffen und die britische Wirtschaft an den Rand des Chaos zu bringen.

Nach dem tagelangen Zirkus rund um den Tod von Elisabeth II. wird das Vereinigte Königreich erneut von einer sozialen und politischen Krise erfasst, während Arbeiterstreiks weiter zunehmen und sich verhärten.

Der britische Kapitalismus steht vor dem Abgrund

Diese Entwicklung ist die Folge des tiefgreifenden und unumkehrbaren Niedergangs des britischen Imperialismus. Ein Niedergang, der dazu geführt hat, dass Großbritannien als fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt von Indien überholt wurde, im Jahr 2021 ein Rekord-Handelsdefizit von 150 Mrd. Pfund (7,1 % des BIP) erreicht hat und seine Exporte nur noch 2 % der weltweiten Exporte ausmachen werden, während es 1950 noch 9 % waren.

Diese Situation wurde durch den Brexit noch verschärft, der Großbritannien auf dem Weltmarkt noch weiter zurückgeworfen hat, den Handel mit seinem wichtigsten Partner – der EU – behindert und zeigt, dass ein Ausweg aus der kapitalistischen Krise durch wirtschaftlichen Nationalismus nicht möglich ist.

Vor einem solch prekären Hintergrund und einer Staatsverschuldung von bereits 100 % des BIP hat Liz Truss



eine so wahnhaftige Strategie verfolgt, dass sie die britische Wirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben hat. Nach der Ankündigung eines 150-Milliarden-Pfund-Rettungspakets für „Haushalte und Unternehmen“ ging sie noch einen Schritt weiter und kündigte eine Steuersenkung von 50 Milliarden Pfund an. Mit anderen Worten: ein neues Loch von 200 Milliarden Pfund im öffentlichen Haushalt, was eine kritische, fast untragbare Schuldenlast für eine Wirtschaft bedeuten würde, die bereits am Rande einer Rezession steht.

Ihr Plan war im Grunde ein neoliberaler Kunststreich: die größte Steuersenkung seit 1972 zugunsten der höchsten Einkommen, insbesondere die Senkung der Steuer auf große Vermögen von 45 % auf 40 %, was für jeden der 660.000 reichsten Menschen in Großbritannien ein Geschenk von mindestens 10.000 Pfund bedeutet.

Der Pfund stürzte sofort stark ab,

verlor bis zu 20 % seines Wertes und erreichte den niedrigsten Stand seit 1971. Dieses Debakel hat die Bank of England zum Aufkauf von Anleihen im Wert von 65 Milliarden Pfund gezwungen, um die Währung zu retten und einen Zusammenbruch der privaten Altersvorsorge zu verhindern, von der ein großer Teil der britischen Rentner abhängig ist. Die Situation hat einen so kritischen Punkt erreicht, dass die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in Frage gestellt wird und die Finanzierungskosten auf den internationalen Märkten über die von Italien und Griechenland gestiegen sind.

Die Kritik an der Bank of England und dem großen Finanzkapital sowie die Forderung nach einer Eindämmung des Defizits zielen offensichtlich darauf ab, eine neue Sparpolitik zu Lasten des öffentlichen Dienstes und der Arbeiterklasse durchzusetzen. Deshalb wird von der Regierung auch nicht die

brutale Erhöhung des Militärhaushalts erwähnt, der sich von 48 auf 100 Milliarden Pfund verdoppeln wird.

Diese Situation und die Angst vor einer Explosion aufgrund der enormen sozialen Unruhen, die sich angestaut haben, haben erneut zu einer Rebellion der Tory-Abgeordneten gegen ihre eigene Regierung geführt und Truss gezwungen, bei einigen ihrer Maßnahmen einen Rückzieher zu machen, während andere beibehalten wurden – wie z. B. die Aufhebung der Begrenzung von Dividenden von Bankern. Die Konservative Partei steckt nach wie vor in der schwersten Krise ihrer Geschichte; einer Krise, bei der weder ein Ende noch eine Lösung in Sicht ist.

Starmer und die Labour Party als Garant des Kapitalismus

Trotz des völligen Bankrotts der Konservativen und ihrer aufeinanderfolgenden Regierungen fordern Keir Starmer und die derzeitige Führung der Labour Party nicht einmal den Rücktritt von Truss.

Abgesehen von der skandalösen Einkommensteuersenkung für die Reichsten wurden alle anderen vorgeschlagenen Maßnahmen aktiv oder passiv von der derzeitigen Labour-Führung unterstützt. Maßnahmen, die keinerlei Lösung für die beschleunigte Verarmung der Arbeiterklasse bieten und ein neues Plündern öffentlicher Gelder beinhalten, um die Gewinne des Großkapitals zu sichern.

Das gilt zum Beispiel für die Obergrenze für Energierechnungen, die 2.500 Pfund pro Jahr nicht überschreiten dürfen, während gleichzeitig vorhergesagt wurde, dass sie bis auf 6.000 Pfund ansteigen könnten. Wie soll die Differenz bezahlt werden? Sie wird ganz einfach von der Regierung, d.h. natürlich aus den öffentlichen Geldern der britischen Arbeiterklasse, bezahlt, wobei allein in den ersten sechs Monaten mit Ausgaben in Höhe von 60.000 Millionen Pfund aus dem öffentlichen Haushalt gerechnet wird. Andererseits wird ein Teil der Hilfen (40 Milliarden) zur Rettung von Energieunternehmen verwendet, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten. Das sind also die Maßnahmen, die die Labour-Führung so emsig unterstützt!

Starmer hat sich auf dem jüngsten Labour-Parteitag als Verfechter der „fis-

kalen Verantwortung“ präsentiert und darauf hingewiesen, dass es mit Labour in der Regierung „ausgeglichene Haushalte“ geben würde: „Ich bin entschlossen, die Schulden zu reduzieren.“

Sowohl Starmer als auch die derzeitige Labour-Führung wollen nichts mit den Mobilisierungen und Streiks und mit der sozialen Rebellion zu tun haben, die Tag für Tag im ganzen Land immer weiter anwächst. Sie wollen sich darauf vorbereiten, „verantwortungsvoll“ zu regieren. Zweifellos hat die herrschende Klasse mit dieser von Starmer geführten Labour-Partei eine zuverlässige zweite Option an ihrer Seite.

Der Aufstand der britischen Arbeiterklasse geht weiter: Für einen Generalstreik!

Trotz alledem und trotz der Welle des nationalen Chauvinismus nach dem Tod von Elisabeth II. treibt die britische Arbeiterklasse weiterhin von unten einen echten sozialen Aufstand gegen die Tories und ihre Politik zugunsten der Milliardäre, kurzum gegen das kapitalistische System voran!

Am Samstag, dem 1. Oktober, gingen Zehntausende von Briten in mehr als 50 Städten auf die Straße, aufgerufen von der Bewegung „Enough is Enough“, von Gewerkschaften wie United, der Transportgewerkschaft RMT oder von Bewegungen des zivilen Ungehorsams wie „Don't Pay“, die einen massiven Boykott von Energierechnungen organisieren will.

Diese Mobilisierungen sind mit einem neuen Streiktag bei den britischen Eisenbahnen zusammengefallen, dem bisher heftigsten Streik, der das Land erneut zum Stillstand gebracht hat. Und es war längst nicht der Letzte: Bereits am 5. und 8. Oktober kam es zu weiteren Arbeitsniederlegungen. Wochen zuvor hatten die Hafentarbeiter von Liverpool einen 14-tägigen Streik begonnen, der zeitgleich mit einem neuen Streik der Hafentarbeiter im Hafen von Felixtowe endete, dem größten Hafen Großbritanniens, über den 48 % der Container des Landes umgeschlagen werden.

Die Streikwelle, die im Sommer begonnen hat, breitet sich weiter und auf neue Sektoren aus, radikalisiert sich und setzt die kämpferischen Methoden der Arbeiterklasse durch. Daher treibt die neue Regierung ihre Pläne zur Aus-

hebelung des Streikrechts voran und erwägt ein Gesetz, das es Leiharbeitsfirmen erlaubt, Streikbrecher einzustellen, wenn ein Unternehmen oder ein Sektor in Schwierigkeiten ist.

Die Zeit ist reif für einen Generalstreik, der die Truss-Regierung und die Tories zweifellos mit einem Federstich zu Fall bringen würde. Die Führer des TUC und der wichtigsten Gewerkschaften innerhalb des TUC, wie United und Unison, können nicht einfach wegsehen. Auf dem nächsten TUC-Kongress, der wegen des Todes von Elisabeth II. verschoben wurde, wurden Resolutionen über die Notwendigkeit koordinierter Streiks geplant. Aber genau das geschieht ja bereits!

Die Streiks werden immer mehr von unten koordiniert, dank des Mutes, der Tatkraft und der direkten Aktionen der Arbeiter selbst. Diese Koordinierung muss jetzt in einen Generalstreik verwandelt werden. Wenn der TUC dies nicht tut, müssen United, Unison oder kämpferische Gewerkschaften wie die Eisenbahngewerkschaft RMT dies mit Nachdruck anprangern!

Die Massenkundgebungen der Bewegung „Enough is Enough“, die von weiter links stehenden Gewerkschaftsführern wie denen der RMT, von sozialen Aktivisten und Teilen der Labour-Linken sowie von vielen der Aktiven, die Corbyn einst unterstützten, vorangetrieben werden, zeigen die gewaltige Gärung. Aber wir müssen diese Stärke in Aktionen auf der Straße umsetzen, in Mobilisierungen, indem wir eine breite und energische Kampagne für einen Generalstreik beginnen und sowohl die Passivität von Starmer als auch die der TUC-Bürokratie anprangern. Schluss mit den Ausreden!

Dieser Kampf braucht ein politisches Programm, das das Problem an der Wurzel packt, die Kapitalisten konfrontiert, die entschädigungslose Enteignung der großen Energiekonzerne und der Banken unter Arbeiterkontrolle fordert und sie in den Dienst der Interessen der arbeitenden Mehrheit stellt.

Wir müssen eine Massenpartei der Arbeiterklasse in England, Wales und Schottland aufbauen, mit dem Programm des revolutionären Marxismus und des internationalistischen Sozialismus bewaffnet, um eine gerechte Gesellschaft ohne Elend und Unterdrückung zu erkämpfen. Es gibt keinen anderen Weg.

Es ist nicht unser Krieg!

Es ist der Krieg der Reichen gegen die Arbeiter und Armen der ganzen Welt!

Marxistische Organisation Offensiv

Die kapitalistische Weltkrise und der völlige Irrsinn der westlichen Sanktionspolitik haben Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs getrieben.

Die Beteiligung am imperialistischen Krieg in der Ukraine ist zu einem Alptraum für die Arbeiter in der Ukraine, Russland

und ganz

Europa

geworden. Eine Welle der

Inflation hat die

europäische

und deutsche

Arbeiterklasse ins

Elend gestürzt, und gleichzeitig haben die großen kapitalistischen Monopole – Banken, Energiegiganten, Waffenkonzerne, usw. – größere Profite als jemals zuvor gemacht. Wie Lenin einst sagte ist Krieg schrecklich, „schrecklich profitabel“.

Es war am 23. Februar, dass Olaf Scholz auf der Münchner Sicherheitskonferenz seine Expansionspläne ausgeführt hat, „alle Länder des Westbalkans“ in die Europäische Uni-

on zu integrieren. Schon 2018 gab es große Erfolgsmeldungen der europäischen Institutionen, dass es ihnen gelungen ist, ukrainischen Staatsbesitz zu privatisieren, wovon die deutschen Kapitalisten einen

gro-

ßen

Teil abbekamen. Was für eine Farce, wenn jetzt die Politiker der Ampelkoalition, diese Lakaien des Kapitals, davon sprechen, die „Demokratie“ und „europäische Werte“ in der Ukraine zu verteidigen! In Wirklichkeit kümmern sie nur die

Geschäfte der deutschen

Monopolkonzer-

ne –das

ist die

Wahr-

heit

hinter

ihren

Reden

und der

Propaganda

der deut-

schsen Regie-

rung und der Medien.

Deutschland blickt dem Niedergang entgegen, aber die Kapitalisten machen ein großes Geschäft

Die Realität des imperialistischen Krieges hat Deutschland völlig eingeholt und die soziale Spaltung vertieft. Große deutsche Energiemonopole werden als Folge der Krise exzessive Profite machen.

Weiter auf Seite 2

Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

Der Kapitalismus treibt die Welt in die Barbarei. Mach mit bei Offensiv!



Offensiv_marxisten



info@offensiv.net



0162/8359272



Marxistische Organisation Offensiv

